



Christiane Benner

geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Rede

**Demokratie leben –
Eine neue Willkommenskultur mit der IG Metall gestalten**

10. Bundesmigrationskonferenz der IG Metall

**03. April 2014
Sprockhövel**

Sperrfrist Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Liebe Delegierte,

Liebe Gäste.

Seit es Menschen gibt, sind sie in **Bewegung**. In der Antike, im Mittelalter, in der Neuzeit. In Gruppen oder Clans zogen sie umher, sammelten Erfahrungen, passten sich neuen Gegebenheiten an. Und dadurch entwickelten sie sich weiter. Bewegung heißt Fortschritt. Bewegung heißt Neues entdecken. Erfahrungen weitergeben. Bewegung macht die Menschen reicher.

Auch heute sind Menschen in Bewegung, weltweit. Heute nennt man das **Migration**. Doch wie kommt es eigentlich, dass mit diesem Begriff so oft nur Probleme verbunden werden?

Ich will heute dafür werben, dass wir Migration und Einwanderung als etwas Positives begreifen. Das geht – wenn wir es ernsthaft wollen. Freizügigkeit ist ein Menschenrecht. Die Vielfalt von Lebensgeschichten, Erfahrungen, Hintergründen bereichert eine Gesellschaft. Voraussetzung ist: Wir müssen offen und wertschätzend miteinander umgehen. Eine Kultur schaffen, in der das normal ist. Eine **Willkommenskultur**.

Für die IG Metall ist es nicht akzeptabel, dass es auf dem Globus eine grenzenlose Freizügigkeit für Kapital gibt, nicht aber für Menschen.

Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist längst reif: Denn heute gibt es aktuell eine gesellschaftliche **Diskussion**, wie offen und attraktiv Deutschland für Zuwanderung ist. Kolleginnen und Kollegen, wir müssen hier feststellen, dass die Debatte um den Fachkräftemangel und die sogenannte Alterung der Belegschaften Schwung in die Debatte gebracht haben. Von daher sollten wir den Schwung nutzen und unsere Positionen und unsere Idee von einer echten

Willkommenskultur einzubringen:

Teilhabe in allen Lebensbereichen. Vielfalts- und Diversitypolitik, so wird es oft von Arbeitgebern genannt, in den Unternehmen. Und ein diskriminierungsfreier Arbeitsmarkt. Wo gibt es bei euch anonymisierte Bewerbungsverfahren?

Hier haben wir seit der letzten Bundesmigrationskonferenz (Nov 2012) in Kassel gemeinsam einiges auf den Weg gebracht. Stellvertretend möchte ich nennen:

- Den Workshop zu „Vielfalt und neuen Ansätzen in der Betriebsratspolitik“ bei MAN in Nürnberg März 2013
- die Aktivitäten im Rahmen der „Woche der Weiterbildung für Migrantinnen und Migranten“ in Düsseldorf im Mai und Nov 2013
- die Führungskräftebildung „Vielfalt gestalten – Mit Respekt führen“ mit 300 Führungskräften bei Robert Bosch in Bad Homburg Nov 2013
- die bundesweit 1300 Veranstaltungen im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus. Stellvertretend seien genannt die Aktionen in Landshut, Velbert, Hamm-Lippstadt und Mönchengladbach
- oder auch die Tagesschulung zum Tag gegen Rassismus in Salzgitter letzte Woche (21.03.2014), mit dem Schwerpunkt „Migrantinnen und Migranten in der betrieblichen Weiterbildung“

Kolleginnen und Kollegen, das sind fünf gute Beispiele für Willkommenskultur. Beispiele, die wir als IG Metall geschaffen haben. Und mit denen wir zeigen, wie wir Willkommenskultur anders verstehen als große Teile der Wirtschaft.

Willkommenskultur kann nicht nur die meinen, die neu dazukommen. Sondern auch die, die schon **hier sind**. Und das sind viele. Jede/r fünfte unserer 81 Mio. Einwohner hat einen Migrationshintergrund.

Allein in der IG Metall haben wir 185.000 Mitglieder ohne deutschen Pass. Kein Zweifel: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Eine echte Willkommenskultur bedeutet die Anerkennung aller hier lebender Migrantinnen und Migranten. Die kopftuchtragende Erzieherin, der indische IT-Spezialist und ihre zweisprachig aufwachsenden Kinder.

Willkommenskultur ist das klare Signal, dass sie erwünscht sind, dass ihnen auf Augenhöhe begegnet wird und dass es hier für sie Perspektiven gibt.

Ich will vier Punkte nennen, wo unsere Willkommenskultur noch – ich nenne es mal: ausbaufähig ist.

Erstens: die sogenannte **Armutszuwanderung**. Anfang des Jahres hat die CSU eine Debatte vom Zaun gebrochen. Ihr erinnert euch sicher: „Wer betrügt, der fliegt.“ Sie hat den Teufel an die Wand gemalt: Massen von Osteuropäern, die hierher kommen, um den Sozialstaat auszuplündern. Das ist nicht nur diskriminierend, es ist unwürdig und beschämend. Und richtigerweise wurde das Wort „Sozialtourismus“ zum Unwort des Jahres 2013 gekürt. Gut so!

Kolleginnen und Kollegen, passender wäre eigentlich: „Wer lügt, betrügt“. Denn es wird gelogen, dass der Balkan sich biegt. Die 368.000 Bulgaren und Rumänen, die in Deutschland leben, sind nämlich überwiegend qualifizierte Fachkräfte.

Unter ihnen sind weniger Arbeitslose (7,4%) als im bundesweiten Durchschnitt (7,7%). Der Anteil der Hartz IV Bezieher, die aus Rumänien und Bulgarien kommen, liegt bei 0,7%.

Versteht mich richtig, Kolleginnen und Kollegen: Ich meine nicht, dass nur nützliche Einwanderer kommen sollen. Jeder Mensch muss als Mensch willkommen sein. Aber angesichts dieser **Wahrheiten** zeigt sich, wie heuchlerisch die CSU-Debatte ist.

In jeder Hinsicht schäbig!

Sie folgt dem alten Muster der Panikmache, die „nebenbei“ gleich die Medizin mitverkauft: CSU wählen! Zum Glück ist die Bevölkerung der CSU nicht auf dem Leim gegangen. Bei den Kommunalwahlen im März hat sie mit 39,7% so schlecht abgeschnitten wie seit Jahrzehnten nicht.

Da kann man nur sagen: Lügen haben kurze Beine.

Die IG Metall nimmt auch die tatsächlichen Probleme in einigen Kommunen ernst und wahr. Diese Kommunen brauchen eine bessere finanzielle und personelle Unterstützung durch den Bund. Sie dürfen mit diesen Problemen nicht alleine gelassen werden.

Zweitens heißt Willkommenskultur auch, dass es möglich sein muss, dass Migrantinnen und Migranten in diesem Land in Sicherheit leben. Das bedeutet: Rassismus in staatlichen Organen konsequent verfolgen und beseitigen. Und eine lückenlose Aufklärung der **NSU-Morde**.

Stattdessen gab es auch ein Unwort. „Dönermorde“ wurde zum Unwort des Jahres 2011. Und manche Auftritte von Beamten vor dem NSU-Untersuchungsausschuss hätten auch prämiert werden müssen. Als Uding des Jahres.

Kolleginnen und Kollegen, Politiker, die im NSU Untersuchungsausschuss waren, sagen heute: „Wir haben in Abgründe geschaut.“ Yavuz Narin, Beobachter des NSU-Untersuchungsausschusses, hat in unserer letzten IGMigration einen hoffnungsvollen Ausblick gegeben. Ich zitiere:

„... der Untersuchungsausschuss hat die Zivilgesellschaft sensibilisiert, die Kirchen, die Gewerkschaften und die freie Presse. Zudem leben wir in einem Rechtsstaat, der

weitgehend funktioniert. Und alle zusammen werden, das hoffe ich, den Behörden künftig genauer auf die Finger schauen.“

Die Verwaltungsstelle Köln-Leverkusen hat letzten Monat zur Diskussion über den NSU-Prozess eingeladen. Eine gute Idee! Ich hoffe, sie findet Nachahmerinnen und Nachahmer.

Und es gibt noch mehr Abgründe: Die Übergriffe auf **Asylbewerberheime** nehmen zu.

Das dürfen wir nicht zulassen, Kolleginnen und Kollegen! Werden wir aktiv gegen Ausgrenzung. Ich finde es sehr wichtig und sehr gut, dass sich zum Beispiel die IG Metall Bautzen aktiv dafür einsetzt, dass Flüchtlinge dort eine Zukunft haben und sich offen gegen die NPD stellt. Statt Ausgrenzung organisiert die IG Metall Begegnung von Menschen aus Polen, Tschechien und der Oberlausitz.

So ist es richtig! Das Engagement der Kolleginnen und Kollegen verdient einen Applaus. Genauso wie die Initiative „ArschHuh – Birlikte – Zusammenstehen. Gemeinsam gegen Rassismus und Ausgrenzung“ zu einer bundesweiten Großkundgebung am Pfingstmontag. Anlässlich des zehnjährigen Jahrestages des Nagelbombenattentats in der Kölner Keup Straße. Der IG Metall Vorstand unterstützt die Initiative mit 20.000 Euro.

Wer, wenn nicht wir! Deshalb Kolleginnen und Kollegen, wir sind dabei: Arsch huh – Zäng ussenander.

Mein drittes Thema für eine bessere Willkommenskultur ist der **Arbeitsmarkt**. Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund müssen die gleichen Chancen auf einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz sowie Weiterbildungsmöglichkeiten erhalten wie ihre deutschen Mitbewerber. Genauso wie junge Menschen aus sozial schwachen Familien eine Chance verdient haben. Ausbildung und Aufstieg sind in diesem Land

zu stark vom sozialen Hintergrund abhängig. Damit werden jungen Menschen Perspektiven genommen. Ein Land wie Deutschland, das auf qualifizierte Beschäftigte angewiesen ist, kann auf diese junge Generation nicht verzichten. Deshalb sind unsere Tarifverträge zum beruflichen Förderjahr und euer Engagement in den Betrieben Gold wert. Von diesen Beispielen brauchen wir mehr.

Und wir brauchen ein besseres Anerkennungsgesetz für ausländische Abschlüsse. Es ist gut, dass wir seit 2012 so eine Regelung haben. Aber sie ist noch nicht bundesweit umgesetzt, für die Arbeitnehmer zu kompliziert und kostspielig – und am Ende fehlen passende Qualifizierungsangebote.

Das muss besser werden!

Viertens: Eine Basis der Willkommenskultur ist **Partizipation**, die gleichberechtigte Teilhabe an Entscheidungen. Es kann doch nicht sein, dass Migrantinnen und Migranten aus Drittstaaten hier seit Jahrzehnten leben – und dann nicht mal kommunal über einen Zebrastreifen oder Turnhalle mitbestimmen dürfen!? Aber Steuern zahlen dürfen sie! Was soll das denn für eine Demokratie sein!

Deshalb haben wir das Thema Politische Partizipation zum Schwerpunktthema im Jahr 2013 gemacht.

Wir haben uns auf der letzten Bundesmigrationskonferenz in Kassel stark gemacht für:

- die Abschaffung des Optionszwangs
- das kommunale Wahlrecht für alle, die hier leben
- die Mehrstaatigkeit

Für viele möchte ich eine Veranstaltung des Bezirkes Mitte und unserem Ressort nennen: Im letzten September fand in Frankfurt eine Podiumsdiskussion zu diesen Themen statt.

Also: Wir sind an den Themen drangeblieben, haben Veranstaltungen dazu gemacht. Wir haben unsere Forderungen zur Bundestagswahl formuliert, auch an die große Koalition.

In puncto Partizipation ist unsere **Betriebsverfassung** ein Vorbild, Kolleginnen und Kollegen: Das Wahlrecht zum Betriebsrat ist seit 1972 unabhängig von der Staatsangehörigkeit. Heute haben wir knapp 3000 Betriebsrätinnen und Betriebsräte und 7500 Vertrauensleute ohne deutschen Pass in der IG Metall.

Davon über 400 Betriebsratsvorsitzende und 300 stellvertretende Vorsitzende. In den Betrieben sehen wir: Es ist möglich, Demokratie zu leben. Man muss es nur wollen. Und wenn es in Betrieben geht, dann muss es „draußen“ doch erst recht gehen.

Die diesjährigen **Betriebsratswahlen** laufen teilweise noch.

Allen unter uns, die die Wahl noch vor sich haben, wünsche ich viel Erfolg und eine hohe Wahlbeteiligung. Allen unter uns, die bereits gewählt wurden, wünsche ich viel Glück und Erfolg für die nächsten vier Jahre.

Kolleginnen und Kollegen,

Menschen sind in Bewegung, Menschen waren immer in Bewegung – weltweit und in Europa. Das ist gut. Denn Bewegung heißt Aufbruch zu Neuem. Um uns herum entsteht Neues: in **Europa**. Neue Organe, eine europäische Verfassung, neue Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten.

Kolleginnen und Kollegen, am 25. Mai sind **Europawahlen**.

Parallel feiern wir in diesem Jahr einen traurigen Jahrestag. Vor genau 100 Jahren begann der erste Weltkrieg. In diesem starben mehr als 17 Millionen Menschen. Im zweiten Weltkrieg nochmal 65 Millionen Tote.

Da ist es richtig, dass Europa neben der Wirtschafts- und Wertegemeinschaft auch ein **Friedensprojekt** ist.

Und es ist bitter nötig, dass es ein Friedensprojekt bleibt.

Denn die Krimkrise zeigt uns aktuell, wie brüchig dieser Frieden geworden ist.

Aber aus der Wirtschafts- und Wertegemeinschaft zur Friedenssicherung wurde zuletzt ein Projekt reiner neoliberaler Kapitalinteressen.

Das ist nicht unser Europa. Und deshalb mobilisiert die IG Metall mit einer eigenen Kampagne.

Unsere Kampagne heißt: „Damit unser Europa eine Zukunft bekommt“.

Unser Europa ist ein demokratisches und sozial gerechtes Europa.

Und dafür haben wir als IG Metall fünf **zentrale Forderungen** aufgestellt:

1. Wachstum fördern, Investitionen statt Sparpolitik! Die Sparpolitik ist unsozial und hat kein Krisenland aus der Misere geführt. Wir brauchen einen Europäischen Marshallplan.
2. Nachhaltige Industrien ausbauen, statt kurzfristiger Spekulationen!

3. Arbeit in Europa schaffen – sicher und fair statt prekär! Die sozialen Grundrechte gehen vor wirtschaftlicher Freiheit.
4. Demokratie und Mitbestimmung ausbauen, statt Politik über die Köpfe der Menschen hinweg zu machen! Wir brauchen einen Demokratisierungsschub in der EU.
5. Und besonders wichtig: Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen, statt eine ganze Generation zu verlieren! Mehr als 14 Millionen junge Europäer sind weder in Ausbildung noch haben sie einen Arbeitsplatz! Jugend braucht Zukunft in Europa!

An dieser Stelle will ich ein gutes Beispiel nennen: Die IG Metall in Hamm und Lippstadt hat ein Ausbildungsprojekt mit 25 spanischen Jugendlichen aufgelegt. Das ist Solidarität in Europa. Das ist ein Beitrag zur Willkommenskultur!

Kolleginnen und Kollegen, am 25. Mai sind **Europawahlen** und wieder werden 122.000 unserer Mitglieder aus Drittstaaten von der Teilhabe ausgeschlossen.

Wir wollen ein demokratisches Europa! Auch deshalb heißt unsere Kampagne: „Damit unser Europa eine Zukunft bekommt“.

Bitte beteiligt euch. Wir brauchen eine hohe Wahlbeteiligung!

Denn die Rechten sind im Aufwind in Europa: Sie heißen Front National, Freiheitspartei, FPÖ, wahre Finnen, Goldene Morgenröte. Auch bei uns gibt es mit der AfD eine europafeindliche Partei. Sie wollen ins EU-Parlament, um Europa zu sabotieren. Und sie könnten bei der Wahl so stark werden wie noch nie. Das mag ich mir nicht vorstellen.

Jede Stimme am 25. Mai für diese Parteien ist ein Schlag ins Gesicht der europäischen Idee.

Lasst uns das gemeinsam verhindern!

Kolleginnen und Kollegen, ein wichtiges Kapitel für unser Europa ist auch die **Flüchtlingsfrage**. Die derzeitige Asylpolitik bekämpft nicht die Fluchtursachen, sondern macht Grenzen dicht und schreckt ab. Menschen, die aus purer Not und Verzweiflung ihr Leben riskieren, werden illegalisiert.¹

Wer aus einem „sicheren Drittstaat“ kommt, wird dorthin zurückgeschickt/ abgeschoben. Immer mehr Staaten werden zu „sicheren“ Drittstaaten erklärt, weil es die Abschiebung erleichtert.

Wir brauchen eine **menschenwürdige Asylpolitik**. Ein gerechtes System zur Aufnahme von Flüchtlingen in die EU.

Wer vor Krieg, Bürgerkrieg oder Verfolgung flieht, muss aufgenommen werden. Flüchtlinge müssen individuell Asyl beantragen können und in einem zügigen, fairen Verfahren anerkannt werden. Flüchtlinge in Seenot müssen wir retten – und nicht Rettungsversuche kriminalisieren!

Auch Deutschland muss mehr Flüchtlinge aufnehmen.

Wir haben auch eine historische Verantwortung.

Willkommenskultur gilt auch für Flüchtlinge!

In diesem Zusammenhang finde ich es gut und wichtig, dass Kolleginnen und Kollegen aus der IG Metall vor Ort helfen und Flüchtlinge unterstützen. Zum Beispiel in der Gutleutkirche Frankfurt. Oder der AK Migration der IG Metall Berlin, der die Flüchtlinge am Oranienplatz unterstützt.

¹ Die über eine 1 Mrd. € für Abwehrmaßnahmen wie Frontex ausgibt, statt den Menschen dort zu helfen, wo sie das Schicksal trifft

Kolleginnen und Kollegen,

Migration bedeutet weltweite Bewegung. Menschen bewegen sich. Sie nehmen ihren Mut zusammen und brechen auf, um eine neue Zukunft zu wagen. Menschen können auch die Welt bewegen und die Verhältnisse aufbrechen, unter denen sie leiden.

Wir können **Einfluss** auf Politik und Gesellschaft nehmen. Die Bedingungen mitgestalten und umgestalten. Das geht – wenn wir uns einig sind und unsere Ziele gemeinsam verfolgen.

Das haben wir im letzten Herbst bewiesen: Bei der Bundestagswahl haben wir als IG Metall unseren Einfluss geltend gemacht. Wir haben Druck aufgebaut für unsere Forderungen: im Wahlkampf und in den **Koalitionsverhandlungen**. Und wir haben erste wichtige Erfolge erzielt.

Bei der **Rente** hat die neue Regierung einige Verbesserungen vor:

- die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren
- die Mütterrente (vor 1992 geborene Kinder bringen künftig einen Rentenpunkt mehr)
- die Anhebung der Zurechnungszeiten bei Erwerbsminderung

Kolleginnen und Kollegen, ich sehe darin einen Kurswechsel in der Rentenpolitik!

Und das, nachdem über viele Jahre nur neoliberale Rentenkürzungen und Sozialabbau betrieben wurden.

Die Agenda 2010 war nie und ist nicht alternativlos.

Die Rentenreformen finden großen Zuspruch in der Bevölkerung: Die IG Metall hat letzte Woche eine repräsentative TNS-Infratest-Umfrage in Auftrag gegeben. Ergebnis: Bei den 18- bis 34-Jährigen liegt die Zustimmung mit 89 Prozent sogar über dem Durchschnitt aller Befragten von 87 Prozent. Damit erteilt die junge IG Metall der Spaltung zwischen Jung und Alt eine Absage.

Ein zweites Thema haben wir genutzt, um etwas zu bewegen: den flächendeckenden **Mindestlohn** von 8,50. Das war unsere Forderung. Wir haben sie durchgesetzt.

Der Mindestlohn bedeutet mehr Ordnung und Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Er hilft, die strukturelle Prekarisierung aufzuhalten, den Niedriglohnsektor einzudämmen und Lohndumping einzuschränken. Er betrifft - neben Frauen - Migranten und Migrantinnen besonders. So haben beispielsweise etwa 60 Prozent der Helfer in der Leiharbeit einen Migrationshintergrund.

Der flächendeckende Mindestlohn ab 2017 ist beschlossen. Leider sind die unter 18jährigen ausgenommen. Das kritisiert die IG Metall. Wir wollen, dass alle Beschäftigten vor Ausbeutung geschützt werden und alle den Mindestlohn erhalten!

Dafür machen wir uns stark.

Kolleginnen und Kollegen,

insgesamt haben wir beim Koalitionsvertrag gemeinsam einiges bewegt und erreicht. Dennoch bleiben die Vereinbarungen in manchen Punkten hinter unseren Erwartungen zurück. Hier fangen unsere „Hausaufgaben“ an. Diese Themen müssen wir in den nächsten vier Jahren offensiv thematisieren. Lass uns dafür streiten!

Ein Beispiel hierfür ist die **Mehrstaatigkeit**, die doppelte Staatsbürgerschaft.

Es gibt überhaupt kein sinnvolles Argument gegen den Doppelpass. Nicht im Fußball und nicht in unserer Gesellschaft. Knapp 60% der Migrantinnen und Migranten ha-

ben bereits zwei Pässe, ohne das es jemanden weh tut. Auch die Mehrheit der Bevölkerung ist dafür (eine Forsa-Umfrage ergab 53%).

Also auf, setzen wir uns dafür ein, setzen wir es durch!

Wir wissen: Wir können was bewegen!

Wir müssen selbst verändern, wo wir können.

Kolleginnen und Kollegen, ein weiteres wichtiges Thema ist für uns der **Optionszwang für junge Migrantinnen und Migranten**. Hierzu möchte ich euch einen kurzen Clip zeigen.

(Beitrag aus den Tagesthemen einspielen zu lassen. Start: 13:25 Ende: 16:20)

Kolleginnen und Kollegen,

ihr wisst, wir kämpfen seit Beginn an gegen diesen unsäglichen Optionszwang.

Fairerweise muss man sagen, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarte Regelung eine Verbesserung bedeutet.

Denn für die überwiegende Mehrheit der nach 2000 in Deutschland geborenen Kinder mit ausländischen Wurzeln bedeutet es de facto die Abschaffung des Optionszwangs.

Die Regelung bedeutet auch den erstmaligen Einstieg in die doppelte Staatsbürgerschaft für Drittstaatsangehörige. Ein klarer Fortschritt ist auch die Beweislastumkehr, d.h. das Amt muss nun prüfen, ob die Kriterien (8 Jahre Aufenthalt oder 6 Jahre Schulbesuch oder Schul-/Berufsabschluss) erfüllt sind.

Nur eines will mir nicht in den Kopf. Wenn doch die Regelung für 90 oder 95 Prozent der jungen Erwachsenen das Ende des Optionszwanges bedeutet, da sie die Kriterien erfüllen, warum hält man dann diese Regelung am Leben?

Ich denke: aus rein ideologischen Gründen. Denn die CDU/CSU hält an einem längst überholten Abstammungs- und Blutsrecht fest. Die Konservativen kämpfen gegen etwas an, was längst gesellschaftliche Realität ist.

Offensichtlich ist die CDU/CSU nicht in der Lage ist, ein klares Signal der Willkommenskultur zu senden und Deutschland als modernes Einwanderungsland zu positionieren.

Deshalb ist unsere Position klar: Der Optionszwang gehört abgeschafft und zwar komplett.

Dafür werden wir uns weiter einsetzen! Für eine echte Willkommenskultur!

Kolleginnen und Kollegen, lasst mich noch ein besonderes Projekt würdigen.

Die Betriebsräte der **Hüttenwerke Krupp Mannesmann** GmbH haben ein gutes Beispiel für Gleichstellung im Betrieb geschaffen. Denn bei HKM gibt es eine Betriebsvereinbarung zur Gleichstellung und einen Ausschuss für Migration, Integration und Gleichstellung.

Auf Grundlage des Gleichstellungsberichtes kann der Betriebsrat mehr Gerechtigkeit, Qualifizierung und innerbetriebliche Aufstiege durchsetzen. Dafür haben die Kolleginnen und Kollegen den Deutschen Betriebsräte-Preis 2013 bekommen. Ich gratuliere dem Betriebsrat von HKM dafür recht herzlich.

Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss.

Migration ist Bewegung, Erfahrung, Fortschritt und Bereicherung. Wir müssen Migration wieder positiv besetzen. Wir brauchen einen Kulturwandel hin zu einer Gesellschaft, die vielfältige Erfahrungen und Hintergründe zu schätzen weiß. Eure Anregungen und Botschaften (aus den Dialogtischen) zeigen, dass wir gute Ideen haben und dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Lasst uns gemeinsam daran weiterarbeiten und dafür streiten.

- Für eine gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen
- Für ein modernes und transparentes Einwanderungsgesetz
- Für gleiche Chancen am Arbeitsmarkt
- Für echte Gleichstellung und Aufstiegsmöglichkeiten in den Betrieben

Es ist Zeit für eine echte Willkommenskultur.

„Nicht ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist“, formulierte der französische Schriftsteller Victor Hugo. Und er hat Recht.

Wir sind mächtiger als wir denken!

Vielen Dank!